

- 2) Siehe die Bände **August Pfizmaier (1808-1887) und seine Bedeutung für die Ostasienforschung**. Hrsg. von Otto Ladstätter und Sepp Linhart. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1990 (= Beiträge zur Kultur- und Geistesgeschichte Asiens; 3), 327 S., und **Japanese Biographies: Life Histories, Life Cycles, Life Stages**. Hrsg. von Susanne Formanek und Sepp Linhart. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1992 (= Beiträge zur Kultur- und Geistesgeschichte Asiens; 11), 299 S.

Susanne Formanek

Wirtschaftliches Engagement im asiatisch-pazifischen Raum - Politische Risiken und Rahmenbedingungen

Bonn, 21. November 1995

Das Interesse an Asien ist gestiegen. Das zeigte auch die Teilnahme an der Tagung des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA), die - durchgeführt vom Institut für Asienkunde in Hamburg (IfA) in Zusammenarbeit u.a. mit der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) - im Hause des DIHT in Bonn stattfand. Ca. 240 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft informierten sich über die politische Situation und die Perspektiven im dynamischen Wirtschaftsraum Asien und nutzten die Gelegenheit zu intensiven fach- und ressortübergreifenden Diskussionen.

Bereits die einführenden Reden - gehalten von Kurt Steves (Bundesverband der Deutschen Industrie) für den APA, Hans Klein (Vizepräsident des deutschen Bundestags) für die DGA und Dr. Werner Draguhn für das IfA - wiesen auf die Besonderheit der Tagung hin, die sich nicht in die Vielzahl der "How to do business in Asia"-Veranstaltungen einreihen wollte: Asienwissenschaftler, die in der DGA zusammengeschlossen sind und die u.a. im IfA regelmäßig die Entwicklungen in Asien analysieren, nehmen die Herausforderung an und geben ihr Wissen über die Faktoren politischer Stabilität und Instabilität an diejenigen weiter, die in Politik und Wirtschaft Entscheidungen treffen oder vor Ort arbeiten.

Dr. Rüdiger Machetzki (IfA) leitete sein Referat "Die Länder des asiatisch-pazifischen Raumes - Konkurrenten in der Weltwirtschaft, Herausforderung für die deutsche Wirtschaft" mit den Worten ein, daß uns die Region Asien zwingt, über die zukünftige weltwirtschaftliche Entwicklung nachzudenken. Nicht zuletzt auf den Druck dieser Region sei zurückzuführen, daß die Bundesregierung eine "aktive Asienpolitik" beschlossen habe. In Asien gebe es seit ca. 1987/88 erstmals einen von der transatlantischen Wirtschaft abweichenden Konjunkturverlauf, so daß erst jetzt von einer Weltwirtschaft mit drei wirtschaftlichen Schlüsselregionen zu sprechen sei. Da die Dynamik des asiatisch-pazifischen Raumes noch mindestens 2 Jahrzehnte anhalten werde, sollte das Interesse an Asien nicht nachlassen. Die Zeit einseitiger Beeinflussung sei allerdings vorbei, vielmehr komme aus Asien ein neues Grundmuster gegenseitiger Handlungszwänge. Ein verstärktes wirtschaftliches Engagement in Asien sei notwendig, wolle man nicht "nach hinten durchgereicht" werden.

Die Vision eines "Greater China" beurteilte Dr. Sebastian Heilmann (IfA) in seinem Beitrag "VR China, Hongkong, Taiwan: Der großchinesische Wirtschaftsraum und seine politische Perspektive" angesichts der Interessendivergen-

zen auf staatlicher Ebene eher skeptisch. Die Zukunft der drei Länder sei insgesamt wesentlich von der Entwicklung in der VR China abhängig. Es sei zwar unwahrscheinlich, daß deren politisches System nach dem Tode des inzwischen 90jährigen "Chefarchitekten" der Reformpolitik Deng Xiaoping kollabiere, aber es werde sich angesichts der Anforderungen der Modernisierung institutionell erneuern müssen. Die Kräfte des Wandels würden sich dabei sehr langfristig von unten durchsetzen, eine Schwächung der Zentralgewalt sei wahrscheinlich. Ein "China der Regionen" biete auch Chancen für die weitere Entwicklung in Hongkong und Taiwan.

Prof. Manfred Pohl (IfA und Universität Hamburg) begann seine Analyse der "Stabilität und Konfliktpotentiale in Nordostasien" mit zwei Thesen: Es sei Wunschdenken, Japan in der Krise zu sehen; und Nordkorea habe mit dem Genfer Abkommen einen glänzenden diplomatischen Erfolg errungen. Japan stecke zwar mitten in einer tiefgehenden Umbruchphase und erlebe auch einen politischen Rechtsruck, aber das politische System sei stabil und Japans wirtschaftliche Kennziffern würde man "bei uns" gerne vorweisen. Südkorea erlebe derzeit - u.a. wegen Nordkorea - eine Krise des Systems. Die Bilanz der ersten Zivilregierung sei außenpolitisch negativ und innenpolitisch nur etwas besser. Japan könne zwar über die Transferleistungen Druck auf Nordkorea ausüben, Südkorea habe daran aber kein Interesse, es möchte vielmehr die Stabilisierung, um "in der Umarmung den Würgegriff anzusetzen".

Mit den "wirtschaftlichen Erfolgen und deren politischer Absicherung in den ASEAN-Staaten" befaßte sich Prof. Jürgen Rüländ (Universität Rostock). In dieser wirtschaftlich dynamischsten Region in Asien sei Deutschland bisher nur Handelspartner. Von den verschiedenen Risikopotentialen würden die wirtschaftlichen am besten, die ökologischen und sozialen am wenigsten bewältigt. Am wichtigsten seien die politischen Risiken: die Coup-Gefahr, Nachfolgeprobleme, Blockaden in der Elitenzirkulation, Rebellionen und ethnische Spannungen, religiöser Fundamentalismus, politische Partizipationshemmnisse, häufige Regierungswechsel, Korruption und Rechtsunsicherheit. Die einzelnen Staaten würden darauf - ausgehend von der jeweiligen Risikoeinschätzung - unterschiedlich reagieren, insgesamt aber sei das Risikoniveau vergleichsweise gering.

Über die Wirtschaftslage in Vietnam, Kambodscha und Laos zu berichten, so klagte Dr. Oskar Weggel (IfA) am Beginn seines Beitrags zur "Transformation und Krise in Indochina", sei undankbar. In allen drei Ländern sei die deutsche Wirtschaft nicht präsent. Zwar seien Laos und Kambodscha auch keine "aufregenden Märkte", aber Vietnam mache eine innere Wandlung durch und habe eine erstaunliche Außenöffnung vollzogen. Die Nachteile (Kriegsnachwirkungen, das langjährige US-Embargo, Infrastrukturmängel) nähmen an Bedeutung ab, die Entwicklungspotentiale, zu denen auch das Wertesystem (z.B. die Arbeits- und Lernethik) gehörten, seien groß. Die KP-Führung sei stabil wirtschaftsfreundlich und habe zur Marktwirtschaft keine Alternative. So nähmen derzeit Wirtschaftspartner, Kooperationsformen, Standorte und Gesetze explosionsartig zu.

Über "Indiens politische Stabilität und wirtschaftliche Liberalisierung" referierte Dr. Hans Christoph Rieger (Südasiens-Institut Heidelberg). Politische Risiken sah er vor allem im Wahlsystem und im Verhältnis von Zentralregierung

zu den Bundesstaaten. Die Legitimität der Zentralregierung gelte in einzelnen Gebieten nur mit Einschränkungen. Gesellschaftlich seien zwei Komplexe problematisch: der Hindu-Moslem-Konflikt, der eine neue Qualität erreicht habe, da Handlungen in einem Bundesstaat jetzt weit über dessen Grenzen hinaus Bedeutung erlangten, und die Kastenreservation, die desto konfliktrträgiger sein, je erfolgreicher sie angewandt werde.

In einem abschließenden Beitrag bewertete Prof. Pohl die "regionale Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum". Es gebe zwar eine ganze Reihe von Konflikten (wie z.B. die nordkoreanische Nuklearfrage, Spannungen auf dem indischen Subkontinent, die Kurilenfrage und andere Territorialprobleme, die Aufrüstung der VR China oder die Lage in Kambodscha), aber keiner dieser Konfliktherde könne nicht im Rahmen der jetzigen Kooperationsmechanismen auf dem Verhandlungswege geregelt werden. Divergierend werde dabei in Asien die Rolle der USA diskutiert: Während Singapurs "senior minister" Lee Kuan Yew deren Präsenz als Gegengewicht zu Japan und zur VR China für notwendig halte, sei Malaysias Ministerpräsident Mahathir für den Abzug der USA. Und auch aus den inneren Problemen der einzelnen Länder Asiens werde sich keine virulente Krise entwickeln.

Die Redebeiträge werden in überarbeiteter Fassung in der Reihe *Mitteilungen des Instituts für Asienkunde* erscheinen.

Günter Schucher

"Minderheiten, Autonomie und Selbstbestimmung - Kollektiv- und Individualrechte von Minderheiten und die Menschenrechte"

Evangelische Akademie Loccum, 25.-27. November 1994

Als Ergebnis bzw. relevante, weiterführende Fragestellung der Tagung kann festgehalten werden: Eine historische, begriffsgeschichtliche und politisch-juristische Definition der Begriffe Volk, Ethnos, Nation, Stamm, Staat, Rasse scheint unumgängliche Voraussetzung zu sein für ein mögliches gemeinsames Vorgehen verschiedener Minderheiten. Denn erst eine solche Klärung wird zeigen, wo die begrifflichen und politischen Voraussetzungen voneinander bzw. von denjenigen des gängigen Völkerrechts und offizieller (internationaler) Politik abweichen, und erst danach kann gefragt werden, ob und wie dennoch (gemeinsame) Problemlösungsversuche gefunden werden können. Die Frage besonders nach dem Umgehen mit Nation und Nationalität in unterschiedlichen Kontexten und Regionen dieser Welt könnte für diejenigen in Deutschland, die sich aufgrund der deutschen Vergangenheit und mit der nach dem Wiederentstehen einer deutschen Nation nach der Wiedervereinigung zunehmenden Tendenz zum Nationalismus auseinandersetzen, gerade im eigenen Land von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, auch im Hinblick darauf, was sie denn ausmache, die deutsche Kultur im Unterschied etwa zur europäischen oder gar zu außereuropäischen Kulturen. Hand in Hand damit geht die Frage, ob nicht die Fiktion einer alle BürgerInnen eines Staates umfassenden einheitlichen Nation die Ignorierung nationaler Minderheiten impliziert. Eine für diese Auffassung von Nation